

Sitzung startet mit Debatte über Rolle Österreichs in Europa

Datum 14.10.2026
Subjekt Parlament der Republik Österreich
Region Rakousko
Kategorie Politika, Státní správa a samospráva, Právo

Die Abgeordneten befassten sich am Mittwoch mit einer umfangreichen Strafvollzugsnovelle und einer Dringlichen Anfrage an Gesundheitsministerin Schumann. Diese News wird laufend aktualisiert.

Am ersten von zwei Sitzungstagen im Oktober beschäftigte sich der Nationalrat mit den Bereichen Justiz und Finanzen. Kurzfristig auf die Tagesordnung gelangt ist auch ein [Dringlicher Antrag der Grünen](#), der sich an die Gesundheitsministerin [Korinna Schumann](#) richtet. Der Titel lautet: "Krank sein darf kein Luxus werden: Nein zu Selbstbehalten für alle, Teilzeit-Strafbeiträgen und der Streichung der Wahlarztkostenrückerstattung".

Abschiebung von Straftätern nach halber Haftstrafe ab 1. November

Der erste Punkt auf der Tagesordnung am Mittwoch, dem 14. Oktober, war eine [umfangreiche Strafvollzugsnovelle](#). Durch diese wird unter anderem ermöglicht, bestimmte ausländische Häftlinge nach Verbüßung der halben Haftstrafe in ihr Heimatland abzuschicken. Die Möglichkeit, dagegen Einspruch zu erheben, entfällt. Das Gesetz wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, NEOS und den Grünen angenommen.

Die FPÖ lehnt die Novelle ab, da sie aus ihrer Sicht zu frühzeitigen Entlassungen führe. Zwar befürwortet sie die Haftverbüßung im Herkunftsland, fordert dafür aber entsprechende Garantien.

Mit Klick auf "Allow content from Instagram" willigen Sie ein, dass externe Inhalte von Instagram geladen werden und es dabei zu Datentransfers Ihres Browsers mit dem Anbieter der Plattform kommt. Ihre Daten sind in den Sitzstaaten des Anbieters unter Umständen dem Zugriff durch Behörden zu Kontroll- und Überwachungszwecken ausgesetzt und es besteht dagegen unter Umständen kein ausreichender Rechtsschutz. Bei Klick auf "Allow content from Instagram" wird Ihre Einwilligung für diese Plattform gespeichert und gilt bis der Browser bzw. die App geschlossen wird. Sie können Ihre Einwilligung jederzeit mit Klick auf "Inhalte nicht mehr anzeigen" widerrufen.

Für die Inhalte und deren Verarbeitung ist ausschließlich der [jeweilige Anbieter](#) verantwortlich. Weitere Informationen finden Sie in unserer Datenschutzerklärung.

Allow content from Instagram

[Datenschutz-Informationen](#)

Darüber hinaus beschloss der Nationalrat eine Verschärfung des Strafrechts im Bereich des

Menschenhandels und des Organhandels.

Dringlicher Antrag: Keine Selbstbehalte für ÖGK-Versicherte

Um 15 Uhr gelangte schließlich ein Dringlicher Antrag der Grünen zum Aufruf, der sich an Gesundheitsministerin Korinna Schumann richtete. Der Titel: "Krank sein darf kein Luxus werden: Nein zu Selbstbehalten für alle, Teilzeit-Strafbeiträgen und der Streichung der Wahlarztkostenrückerstattung".

Der Gesundheitssprecher der Grünen, Ralph Schallmeiner, machte ein kürzlich bekannt gewordenen Strategiepapier der Gesundheitskasse ÖGK zum Thema, nach dem die Wahlarzt-Kostenerstattung vor dem Aus stehen würde und Selbstbehalte beim Arzt kommen könnten. Die Menschen seien verunsichert, so Schallmeiner. Sozialministerin Korinna Schumann versicherte, entsprechende Ideen, sofern sie gesetzlich beschlossen werden müssten, nicht umzusetzen. Die Antwort auf steigende Kosten im Gesundheitssystem könne laut Schumann nicht sein, dass die Menschen mehr zahlen müssten, wenn sie krank seien. Vielmehr müssten die vorhandenen Mittel besser eingesetzt werden.

Kampf gegen Geldwäsche

Zudem beschäftigten sich die Abgeordneten mit einem von der EU vorgegebenen Gesetzespaket, das sich dem Kampf gegen Geldwäsche widmet. Konkret soll es neue Standards für Register der wirtschaftlichen Eigentümer geben.

Darüber hinaus ist vorgesehen, die Unabhängigkeit der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) zu stärken. Zur Vermeidung möglicher Interessenskonflikte soll es etwa künftig spezielle "Abkühlungsphasen" für Mitglieder des Vorstands sowie FMA-Bedienstete beim Wechsel in ein beaufsichtigtes Unternehmen geben.

Außenministerin zu Gast im Nationalrat

Zu Beginn der Sitzung um 9 Uhr fand eine [Aktuelle Stunde](#) statt, deren Thema diesmal die NEOS bestimmt haben: "Reformieren, entlasten, Vertrauen schaffen. Wie Österreich seine Rolle in Europa und der Welt stärkt". Außenministerin [Beate Meinel-Reisinger](#) warb darin unter anderem für eine Stärkung der Energie-Unabhängigkeit vom Ausland. Während die FPÖ im Rahmen der Debatte der Regierung vorwarf, Österreichs Souveränität an die EU hergeschenkt zu haben, kritisierten die Grünen, dass Investitionen in die Energiewende bisher ausblieben.

Auf der Tagesordnung stehen außerdem:

- eine Gewerbeordnungsnovelle, die unter anderem Erleichterungen bei der Errichtung von Photovoltaikanlagen bringen soll,
- ein Entschließungsantrag zum Thema Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch und Gewalt
- und eine Novelle zur Versorgungssicherheit in Krisenfällen, für deren Beschluss eine

Zweidrittelmehrheit im Plenum erforderlich ist.

Mehr zu allen einzelnen Tagesordnungspunkten der Sitzung finden Sie in Meldungen der Parlamentskorrespondenz. [Hier geht es zur Übersicht](#).

<https://www.parlament.gv.at/aktuelles/news/Sitzung-startet-mit-Debatte-ueber-Rolle-Oesterreichs-in-Europa>